Lebensmittelfürsorge

Am 17. Juli 1915 tagte, wie gemeldet wurde, in Biel eine Delegiertenversammlung, die von den Städten Bern, Biel, Chaux-de-Fonds, Delsberg, Freiburg, Grenchen, Locle, Lyß, Madsch, Neuenburg, Nidau, Solothurn, Sankt Immer und Thun besetzt war. Diese Delegiertenversammlung hat unter dem Vorbehalt der Ratifikation durch die zuständigen Gemeindebehörden eine Konvention abgeschlossen. Danach ist der hauptsächlichste Zweck dieses „Verbandes zentraler und westschweizerischer Gemeinden für die Lebensmittelfürsorge“ der, gestützt auf die bezüglichen Bundesbeschlüsse und kantonalen Erlasse die Preise der notwendigsten Lebensmittel zu regulieren, wobei die Ernteergebnisse, die Produktionskosten und auch ein angemessener Gewinn in billige Berücksichtigung gezogen werden sollen; ferner einen sich geltend machenden Lebensmittelwucher wirksam zu bekämpfen, und drittens, soweit von einzelnen Verbandsmitgliedern gewünscht wird und soweit möglich ist, den Ankauf von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen zu vermitteln.

Dieser Zweck soll erreicht werden durch: statistische Erhebungen über die vorhandenen Vorräte von Lebensmitteln und Bedarfsartikeln, bezw. Fühlungnahme mit den Bundesbehörden, dem Städteverband und anderen Gemeindeorganisationen zum gleichen Zweck; statistische Erhebungen über die voraussichtlichen und die wirklichen Ernteergebnisse; allwöchentliche Mitteilung der Lebensmittelpreise der Verbandsgemeinden an das Sekretariat in Solothurn mittelst eines einheitlichen Formulars und Herausgabe von Wochenbulletins an die Gemeinden durch das Sekretariat; Erhebungen über Produktions- und Einstands- (engros) Preise der wichtigsten Lebensmittel und über den angemessenen Händlergewinn; Vorschläge zur Festsetzung von Höchstpreisen für einzelne Lebensmittel und Bedarfsartikel je nach den regionalen Marktverhältnissen; im Bedarfsfalle Vermittlung des Einkaufes und der Abgabe von Lebensmitteln an die Vertragsgemeinden; Fühlung mit den Bundes- und kantonalen Behörden, sowie mit anderen Gemeindeorganisationen, betreffend Preisfestsetzungen und Beschaffung von Lebensmitteln. Endlich soll dieser Zweck durch Entgegennahme von Vorschlägen für möglichst einheitliche Vorschriften für die Dauer des Krieges, zum Beispiel betreffend Vorkauf, Markt- und Ladenpreise und durch eine genauere Orientierung des Publikums durch die Presse erreicht werden. Als ausführendes Organ wurde für den Verband eine siebengliedrige Kommission in Aussicht genommen. Sie wird auf Anordnung des Präsidenten durch das Sekretariat einberufen, so oft es die Geschäfte erfordern. Bezüglich des Sitzungsortes soll auf möglichst zentrale Lage Rücksicht genommen werden. Verlangen vier Mitglieder Beschlussfassung über einen Gegenstand durch die Delegiertenversammlung, so ist eine solche innert acht Tagen einzuberufen.

Die Kommission überwacht die Tätigkeit des Bureau (Präsident, Kassier und Sekretär) und stellt über dessen Kompetenzen und Arbeitsteilung, sowie die Entschädigung ein Reglement auf. Dem Bureau soll zur prompten Erledigung der aufgetragenen Arbeiten das nötige Hilfspersonal gegen Entschädigung beigegeben werden. Die Mitglieder der Kommission werden für ihre Reiseauslagen entschädigt.

Das oberste Organ des Verbandes ist die Delegiertenversammlung, bestehend aus je zwei Vertretern jeder Gemeinde. Gemeinden von über 10,000 Einwohnern sind berechtigt, für je weitere 10,000 Einwohner oder einen Bruchteil von über 5000 einen weiteren Vertreter zu delegieren. Die Delegiertenversammlung wird gemäß Beschluss der Kommission oder auf Antrag eines Viertelles der angeschlossenen Gemeinden vom Bureau einberufen. Die Verbandsgemeinden verpflichten sich zur Leistung von Beiträgen an die Kosten der Verwaltung, je nach Bedarf, im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Der erstmals bis 10. August 1915 zu leistende Beitrag wird bestimmt auf Fr. 10 pro Tausend der Bevölkerung und einem Bruchteil unter 1000, zu berechnen nach dem Ergebnis der letzten Volkszählung. Den Zeitpunkt und Betrag der weiteren Einzahlungen setzt die Delegiertenversammlung fest.

Was die Stadt Bern anbelangt, so ist nach einem Beschluss des Gemeinderates der Beitritt zu dem Verbande erklärt worden. Der Gemeinderat hat sich in seiner letzten Sitzung nochmals mit den Verhältnissen auf dem Gemüse- und Früchtemarkt befasst und in der Sache einen Vortrag der Polizeidirektion entgegengenommen. Darauf wurde der Beitritt der Stadt Bern zu der Organisation in der Meinung beschlossen, daß nur durch einen Zusammenschluß einer größeren Anzahl von Gemeinden wirksame Maßnahmen gegen Preisüberereien auf dem Gemüse- und Früchtemarkt erlassen werden können.